

Drucksache

Benennung der externen Mitglieder des Fachbeirats für Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention und Antrag der AfD-Fraktion auf Änderung des Namens der Fachstelle			
verantwortlich: Kreisjugendamt		Drucksache 2019/125	
		06.09.2019	
Beschlussfassung:	Ö	16.09.2019	Jugendhilfeausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Vorschlag zur Besetzung der externen Mitglieder des Fachbeirates Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention des Kreisjugendamtes zu.
2. Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Antrag der AfD-Fraktion [abzulehnen] [anzunehmen].

1. Zusammenfassung

zu Beschlussvorschlag Ziffer 1:

Seit 2003 wird die Fachstelle für Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention DeRex von einem Fachbeirat begleitet. Mitglieder waren neben den Kreistagsfraktionen zuletzt 13 externe Mitglieder, die jeweils persönlich benannt waren.

Der Kreistag hat am 22.07.2019 beschlossen, dass der Fachbeirat fortgeführt und jeweils mit einem Vertreter/ einer Vertreterin pro Fraktion besetzt wird.

Die externen Mitglieder solle der Jugendhilfeausschuss auf Vorschlag der Verwaltung bestimmen. Einen entsprechenden Verwaltungsvorschlag macht die Verwaltung mit dieser Vorlage. Es wird insbesondere auch eine Verschlinkung der Gremien und eine institutionalisierte Besetzung (Polizei, Staatliches Schulamt etc.) der externen Mitglieder vorgeschlagen.

zu Beschlussvorschlag Ziffer 2:

Die AfD-Fraktion beantragte am 02.09.2019 der Kreistag möge beschließen: „Die Fachstelle Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention“ wird umbenannt in „Fachstelle Demokratieförderung und Extremismusprävention“. Die Verwaltung schlägt vor, dass der Jugendhilfeausschuss den Antrag vorberät und dem Kreistag empfiehlt, den Antrag anzunehmen oder abzulehnen.

2. Sachverhalt

zu Beschlussvorschlag Ziffer 1:

Die Aufgaben des Fachbeirats umfassen die Unterstützung der Fachstelle in ihrer Arbeit, Bildung einer breiten Basis für die Arbeit der Fachstelle, Vernetzung, Informationsaustausch, Entwicklung von Maßnahmen gegen Extremismus und Menschenfeindlichkeit – für Demokratie und Vielfalt im Rems-Murr-Kreis. Der Fachbeirat ist informiert über Aktivitäten im Rems-Murr-Kreis, bündelt Ressourcen und entwickelt Projekte weiter. Den Vorsitz hat die Amtsleitung des Kreisjugendamtes. Der Fachbeirat tagt je nach Bedarf maximal zweimal im Jahr.

Neben den Mitgliedern der Kreistagsfraktionen sind externe Expertinnen und Experten im Fachbeirat vertreten, um zusätzliche Fachexpertise aus ihren jeweiligen Kontexten einzubringen. Insoweit wird eine Benennung von Experten aus Institutionen vorgeschlagen, mit denen bei diesen Themen ohnehin eine besonders enge Zusammenarbeit besteht. Bei Bedarf können zusätzlich einzelne Gäste und Fachexperten zu ausgewählten und aktuellen Themen eingeladen werden, wie beispielsweise der langjährige wissenschaftliche Berater des Fachbeirates Prof. Kurt Möller (Hochschule Esslingen) u.a.

Der neu besetzte Fachbeirat tagt erstmalig am Mittwoch, den 23.10.2019 von 17:00 bis 19:00 Uhr.

Für die künftige Zusammensetzung des Fachbeirates Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention schlägt die Verwaltung vor:

a. Mitglieder der Kreistagsfraktionen

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU	Theile, Erich	Jenner-Wanek, Bettina
Freien Wähler	Ulrich, Albrecht	Friedrich, Maximilian
Bündnis 90/Die Grünen	Schmidt, Marie-Luise	Fazio, Marilena
SPD	Hestler, Jürgen	Bauer, Alexander
FDP-FW	Auer, Klaus	Goll, Julia
AfD	Malcher, Michael	Throm, Christian

Den Gruppen ohne Fraktionsstatus wird bei Interesse ein Gastrecht eingeräumt.

b. Externe Mitglieder

Die Verwaltung schlägt vor, dass folgenden Institutionen ein Sendungsrecht für je 1 ordentliches Mitglied und eine Stellvertretung eingeräumt wird. Eine institutionalisierte Benennung ist aus Sicht der Verwaltung mit Blick auf die Aufgaben des Fachbeirats und das Interesse an einer langfristigen Arbeit zielführend:

- Polizeipräsidium Aalen
- Staatliches Schulamt Backnang
- Regierungspräsidium Stuttgart, Abteilung Schule und Bildung
- Kreisjugendring Rems-Murr e. V.
- Vertreter/in der Kinder- und Jugendarbeit
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

zu Beschlussvorschlag Ziffer 2:

Die Fachstelle hat eine lange Historie, war an mehrere Organisationsbereiche im Landratsamt angegliedert und hatte verschiedene Bezeichnungen. Mit Blick auf die neu gewählten Gremien sei dies einfürend nochmals zusammengestellt:

Bereits im Jahr 2000 hat der Kreistag des Rems-Murr-Kreis beschlossen, eine **Koordinierungs- und Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus** zu schaffen, die zunächst beim Ordnungsdezernat und ab 2003 beim Sozialdezernat angesiedelt war. Anlass der Einrichtung der Stelle war der weit über den Landkreis hinaus diskutierte Brandanschlag auf die Asylbewerberunterkunft in Waiblingen. Seit Januar 2005 ist die Fachstelle beim Kreisjugendamt angebunden. Zur Begleitung der Fachstelle wurde 2003 ein Fachbeirat geschaffen, dessen Vorsitz die jeweilige Amtsleitung des Kreisjugendamts innehat.

Mit Beschluss des VSKA am 08.06.2015 wurde der Fachbeirat Rechtsextremismus beauftragt, in einer Unterarbeitsgruppe die Konzeption und die Bezeichnung der Fachstelle zu überprüfen und dem Jugendhilfeausschuss als zuständigen Ausschuss eine Empfehlung für die zukünftige inhaltliche Ausrichtung der Fachstelle vorzulegen. Der Fachbeirat einigte sich mehrheitlich auf eine neue Konzeption und die Bezeichnung „**Fachstelle Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention**“. Ein Arbeitsschwerpunkt der Fachstelle sollte weiterhin das Thema Rechtsextremismus bleiben. Weitere antidemokratische Strömungen und Formen des Extremismus sollten im Blick behalten werden und auf der Grundlage der jährlichen Evaluation in die konzeptionelle Ausrichtung der Fachstelle einfließen.

In der Sitzung vom 14.03.2018 hat der Kreistag nach mehrstündiger Debatte mehrheitlich bei 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen der vom Kreisjugendamt und der Unterarbeitsgruppe vorgelegten und mit dem Fachbeirat abgestimmten Neukonzeption zugestimmt. Mit 41 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen wurde beschlossen die Fachstelle gegen Rechtsextremismus in Fachstelle für Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention umzubenennen. Ein Antrag der CDU-Fraktion, die Bezeichnung Fachstelle für Demokratieförderung und Extremismusprävention zu verwenden war zuvor mehrheitlich abgelehnt worden. Der Jugendhilfeplan des Kreisjugendamtes – Teilplan D10 – wurde entsprechend dieser Beschlüsse angepasst.

Die Verwaltung vertritt die Auffassung, dass die inhaltliche Arbeit der Fachstelle und ihren vielfältigen Kooperationspartnern im Mittelpunkt des Interesses und der politischen Debatten stehen sollte. In der Debatte vor 2 Jahren und der konzeptionellen Anpassung wurde klargestellt, dass die Fachstelle im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen alle antidemokratischen Haltungen, alle extremistischen Strömungen, jede Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und sämtliche pauschalierende Ablehnungskonstruktionen vorgehen soll.

Als dafür notwendige Arbeitsschwerpunkte wurden benannt: Bildung und Prävention, Beratung von Institutionen und Einzelpersonen sowie die Netzwerkarbeit im Kreishaus der Jugendarbeit und über projektbezogene Zusammenarbeit.

Die Fachstelle DeRex ist unter diesem Namen seit 2 Jahren bekannt und mit diesem Namen und dieser Abkürzung über den Kreis hinaus bei den Kooperationspartnern und in der Fachdebatte eingeführt. Die Auslastung der Fachstelle sowie die Rückmeldungen der anfragenden Institutionen zeigen, dass die Angebote der Fachstelle dem Bedarf im Landkreis entsprechen. Eine erneute Umbenennung und somit die dritte Bezeichnung der Fachstelle innerhalb von rund 2 Jahren wird daher nicht als zielführend betrachtet.

3. Finanzielle und personelle Auswirkungen sowie Folgekosten

Es ergeben sich mit Ausnahme geringer Sitzungsgelder keine finanziellen Auswirkungen.

Anlage 01_Antrag der AfD-Fraktion